Geschrieben von: Lorenz
Dienstag, den 15. Mai 2018 um 07:03 Uhr

Niedersachsen ist bundesweit ein Vorreiter

Umweltminister Lies lässt landesweit multiresistente Keime untersuchen

Dienstag 15. Mai 2018 - **Hannover (wbn). Was lauert in den niedersächsischen Gewässern? Um die Verbreitung von antibiotikaresistenten Erregern (MRGN) in der Umwelt zu untersuchen, hat das Land Niedersachsen jetzt mit einem landesweiten Sondermessprogramm begonnen.**

Im Auftrag des niedersächsischen Umweltministeriums wurde gestern an einer Messstelle in Sarstedt an der Innersten eine Wasserprobe entnommen.

Fortsetzung von Seite 1 Insgesamt sollen innerhalb der nächsten Wochen an die 200 Proben an 80 verschiedenen Stellen gezogen werden. Die ersten Proben wurden bereits Anfang Mai in den südlichen und östlichen Regionen Niedersachsens genommen. Die Probenahme an allen 80 Standorten wird voraussichtlich in der Pfingstwoche beendet sein.

Die Untersuchung wird vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft Küsten- und Naturschutz (NLWKN) in Kooperation mit dem Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit des Universitätsklinikums Bonn durchgeführt. Das Sondermessprogramm soll einen landesweiten Überblick über die Belastungssituation von Flüssen und Bächen mit multiresistenten Bakterien liefern und erste Abschätzungen zu Eintragspfaden und Verbreitungswegen dieser Bakterien in der Umwelt ermöglichen, sowie Wissenslücken schließen. Die Ergebnisse der niedersächsischen Untersuchungen werden im Laufe des Sommers 2018 erwartet.

Minister Olaf Lies: „Wir wissen zur Zeit noch zu wenig über das Vorkommen, die Wirksamkeit und die Verbreitung von multiresistenten Keimen in Gewässern. Auch gibt es momentan keine Kriterien oder Grenzwerte zur Bewertung von multiresistenten Keimen in Gewässern. Nur Badegewässer werden in der Badesaison auf Keime untersucht, Fließgewässer auf Schadstoffe, nicht aber auf multiresistente Keime. Standardisierte Untersuchungsverfahren, wie sie in der Trink- und Abwasseruntersuchung üblich sind, fehlen. Der Gesetzgeber hatte dafür bisher keine Veranlassung gesehen. Wir haben also Wissenslücken, die wir schließen wollen. Niedersachsen ist hier Vorreiter."